



## 1 Jahr Ukraine-Krieg?

*Aus der Grußbotschaft von Jeffrey Sachs zur Friedensdemonstration in Berlin am 25. Februar 2023. Er ist Uni-Professor an der Columbia University und war Berater der Regierungen Russlands, der Ukraine und der UNO.*  
<https://www.youtube.com/watch?v=Vd-q8SgW3gs>

„Wir befinden uns nicht am ersten Jahrestag des Krieges. Dies ist der neunte Jahrestag des Krieges. Der Krieg begann mit dem Sturz des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch. Ein Putsch, der von der Regierung der USA lanciert wurde. Von 2008 an drängten die USA auf die NATO-Erweiterung in der Ukraine und Georgien. Janukowytsch wollte Neutralität. Er stand zwischen den USA und ihrem Ziel dieser NATO-Erweiterung. Als die Proteste gegen Janukowytsch ausbrachen, Ende 2013, ergriffen die USA die Gelegenheit, um die Proteste eskalieren zu lassen. Und sie trugen zu dem Putsch gegen Janukowytsch, im Februar 2014, bei. Das war der Anfang des Krieges, neun Jahre zuvor. Seitdem hat Russland die Krim erobert. Der Krieg im Donbass brach aus. Die NATO spülte Milliarden von Dollar an Aufrüstung in die Ukraine. Der Krieg eskalierte immer weiter. Die sogenannten Friedensabkommen von Minsk I und Minsk II, bei denen Deutschland als Co-Garant fungieren sollte, funktionierten nicht, weil die Ukraine sich weigerte, sie umzusetzen und weil Deutschland und Frankreich keinen Druck zur Durchführung ausübten. Ende 2021 machte Präsident Putin klar, dass die Rote Linie für Russland die NATO-Erweiterung in der Ukraine ist. Putin machte klar, dass Russland die Kontrolle über die Krim behalten muss. Und dass mit dem Donbass auf der Grundlage des Minsker Friedensabkommens I und II verfahren werden muss. Joe

Biden und das Weiße Haus lehnten es jedoch ab, über die NATO-Erweiterung zu verhandeln. So fand die russische Invasion tragischerweise und zu Unrecht im Februar 2022 statt. Acht Jahre nach dem Janukowytsch-Putsch. Die USA haben seitdem massiv aufgerüstet. Und die Zahl der Toten und die Zerstörung ist fürchterlich. Im März 2022 erklärte die Ukraine, dass sie auf der Grundlage der Neutralität verhandeln würde. Wir wissen jetzt, dass die USA diese Verhandlungen blockierten und eine Eskalation des Krieges favorisierten. Im September 2022 wurden die Northstream-Pipelines gesprengt. Es gibt überwältigende Beweise, dass die USA die Zerstörung der Northstream-Pipelines angeleitet haben. Wir befinden uns meine Damen und Herren, auf einem Weg der schrecklichen Eskalation und der Lügen und des Schweigens in den Medien. Die gesamte Erzählung, dass dies der erste Jahrestag des Krieges ist, ist bereits eine falsche Erzählung. Die ist ein Krieg, der mit der NATO-Erweiterung, der Beteiligung der USA an einem Staatsstreich und der massiven Aufrüstung der Ukraine begonnen hat. Und dann mit der schrecklichen Invasion Russlands und der Eskalation. Dies ist ein Krieg, der beendet werden muss, bevor er uns alle in ein nukleares Armageddon verwickelt.

Danke für Ihre Bemühungen. Wir müssen die Wahrheit sagen. Beide Seiten haben gelogen und betrogen und Gewalt ausgeübt. Beide Seiten müssen sich zurückziehen. Die NATO muss den Versuch der Erweiterung um die Ukraine und Georgien stoppen. Wir müssen auf die Roten Linien beider Seiten hören, damit die Welt überleben kann! Vielen Dank für Ihre Bemühungen für den Frieden. Sie sind lebenswichtig. Vielen Dank!“

## Ukraine: Noch mehr Waffenlieferungen und Kriegswirtschaft in Europa?

# Der Ukrainekrieg droht zu einem noch größeren Krieg zu werden!

Die Regierungen der USA, Deutschlands und anderer NATO-Staaten liefern der Ukraine noch mehr Waffen, u.a. modernste Kampfpanzer und Ukraine-Präsident Selenskyj fordert sofort noch mehr Waffen u.a. Kampfflugzeuge usw.

Eine neue Stufe der Ausweitung des Kieges ist damit erreicht, obwohl schon bis jetzt 100.000e (Hunderttausende!) ukrainische und russische Soldaten verletzt oder getötet wurden. Wir werden schrittweise auf einen großen, ja einen Weltkrieg vorbereitet, an dem wir, geht es auch nach unserer Regierung, ebenfalls teilnehmen sollen.

**Was täglich immer mehr stattfindet ist: ständige Missachtung unserer Neutralität, Verletzung des Neutralitätsgesetzes und des Staatsvertrages durch unsere Regierung, sowie Schweigen bei den anderen Parteien, Kriegspropaganda für die Ausweitung des Krieges zum großen Krieg.**

Nach der „Münchner Sicherheitskonferenz“ – in Wirklichkeit Kriegskonferenz – wird ganz offen davon gesprochen, dass „wir“ in Europa zur Kriegswirtschaft übergehen müssen. Auch im neutralen Österreich wird mit den Kriegswölfen mitgeheult.

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (wir sollten sie schon Kriegsministerin nennen) fordert für Österreich, dass wir uns auf mögliche Raketeangriffe vorbereiten. Sie hofft auf eine rasche Umsetzung des und Teilnahme Österreichs am „Europäischen Sky Shield“ (Luftabwehr), der praktisch ident mit dem Luftabwehrsystem der NATO ist und von Deutschland vorangetrieben wird.

Durch die Aussagen von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner droht das neutrale Österreich in die vom Westen mit seinen Kampfpanzerlieferungen befeuerte Spirale der Ausweitung des Krieges in der Ukraine hineingezogen zu werden.

Ende Februar machte Verteidigungsministerin Tanner stolz bekannt, dass das Bundesheer nun 560 Mio. Euro für die Modernisierung seiner 170 Panzer bis 2029 ausgibt. Für die 58 deutschen Panzer Leopard 2A4 werden dafür 190 Mio. Euro an den deutschen Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann und für die 112 Schützenpanzer Ulan an die Österreich-Tochter des weltweit fünfgrößten US-Rüstungskonzern General Dynamics in Wien 370 Mio. Euro ausgegeben.

Zudem brachte die Ministerin ohne eine Bedrohung von Österreich die sog. EU-Beistandsklausel ins Spiel. Diese besage, dass von Österreich als Nicht-NATO-Land, aber EU-Mitgliedstaat verlangt werden könnte, im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines EU-Mitgliedstaates, diesem alle in seiner Macht stehende Hilfe und Unterstützung zukommen lassen zu müssen, so die Ministerin in ihrer APA-Aussendung.

Das ist ungeheuerlich, denn es gibt im EU-Vertrag für neutrale Staaten die „Irische Klausel“, wonach es diesbezüglich keinen Automatismus gibt, mitmachen zu müssen.

### Österreich sollte neutral bleiben



Quelle: orf.at/16.3.22

**Und vor allem: das ist mit unserer Neutralität absolut unvereinbar.** Tanner will im vorauseilendem Gehorsam gegenüber NATO/EU eine Teilnahme an NATO/EU-Deutschland-Aufrüstung und Kriegseintritt

gegen Osten als angeblich von der EU gesetzlich auch für Österreich unausweichlich vorgeschrieben hinstellen. Diese ungeheuerliche Unwahrheit will sie der Bevölkerung „kommunizieren“, also per einheitlicher Medienpropaganda als unausweichlich einhämmern lassen.

Kurz darauf verlangten die Ex-Heeresminister Fasslabend (ÖVP) und Scheibner (FPÖ) einen NATO-Beitritt Österreichs. Das Fasslabend-Institut AIES, aus dem der NATO-Ruf kommt, wird unverfrorener Weise aus unseren Steuergeldern gefördert, usw. vom Verteidigungs-, Europa- und Wissenschaftsministerium, vom Land NÖ, von der Gemeinde Maria Enzersdorf, der Österreichischen Nationalbank oder der Raiffeisenlandesbank Wien-NÖ.

Die AIES-Direktorin, Velin Tchakarova, betreibt unter dem Deckmantel dieses aus öffentlichen Geldern gesponserten Fasslabend-Privatvereins als „Expertin“ vor allem einseitige Selenskyj-Propaganda für die NATO und für noch mehr Waffen für die Ukraine „bis zum Sieg“ und wird von Fernsehen, Radio und Zeitungen wohlwollend hofiert. Das ist neutralitätswidrig. Der Fasslabend-Privatverein muss zugesperrt werden und darf keine Steuergelder mehr erhalten.

Ministerin Tanner müsste wegen ihrer Aussagen sofort zurücktreten bzw. der Bundespräsident müsste sie sofort abberufen. Das macht Van der Bellen aber nicht, er macht vielmehr das Gegenteil. Das gewählte und auf die Verfassung, damit auf die Neutralität, angelobte Staatsoberhaupt, verwendet bei seiner Antrittsrede zur Wiederwahl die Kritik am rechten FPÖ-Kickl dazu, um gerade für den Krieg gegen Russland Propaganda zu machen und damit alle jene, die gegen diesen Krieg die Stimme erheben und für die Neutralität Österreichs eintreten, als FPÖ-nahe und/oder als undemokratisch hinzustellen und damit niederzumachen. [Weiter Seite 4](#)



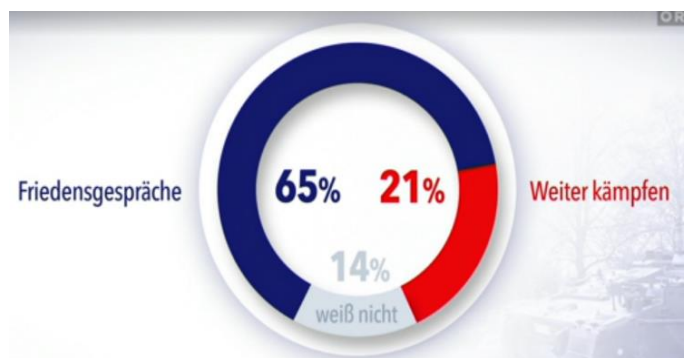
Statt entsprechend der immerwährenden Neutralität Österreichs eine aktive Neutralitätspolitik zu betreiben, die gerade in Zeiten von Krieg darin bestehen muss, Kriegsursachen und Kriegstreiber zu benennen und zu verurteilen, für Friedensverhandlungen und Waffenstillstand einzutreten, sich als Vermittler anzubieten, fährt Van der Bellen nach Kiew. Dort bedauert er gegenüber Ukraine-Präsident Selenskyj, dass, weil Österreich neutral ist und weil Österreichs Bundesheer in den letzten Jahren zu wenig aufgerüstet wurde, es der Ukraine keine Waffen liefern könne. Was er auch nicht sagt ist, dass Österreich sein Heeresbudget enorm von derzeit 2,7 Mrd. Euro jährlich auf rund 6 Mrd. Euro jährlich im Jahre 2027 mehr als verdoppelt. Das dient nicht zur Sicherung der Neutralität, sondern zur An- und Einpassung des Bundesheeres in die EU/NATO-Kriegsstrategien und in Anlehnung und Anpassung an Deutschland.

Das alles ist skandalös und höchst gefährlich. Egal wie viele Waffen Österreich hat, es darf und soll so oder so wegen seiner verfassungs- und völkerrechtlich verbindlichen immerwährenden Neutralität keine Waffen an Kriegsparteien liefern.

All das ist eine massive Verletzung der Neutralität Österreichs durch höchste Regierungsorgane, durch den Oberbefehlshaber des Bundesheeres. So eine Politik ist alles andere als neutral und friedenssichernd, sondern im Gegenteil kriegstreibend. Das droht unser Land in diesen und weitere Kriege hineinzuziehen.

**Was haben Frau Ministerin Tanner, die Bundesregierung oder der Herr Bundespräsident für ein Demokratieverständnis?**

**90% der Österreicher\*innen sind für die Beibehaltung der Neutralität! Zudem meinen 65%, dass die Ukraine Friedensgespräche beginnen muss, nur 21% sind dafür, dass die Ukraine weiter gegen Russland kämpft.**



Umfrage:  
„Soll die Ukraine Friedensgespräche mit Russland beginnen (auch wenn das bedeutet bestimmte besetzte Gebiete an Russland abzutreten) oder soll die Ukraine weiterkämpfen?“

Quellen:  
ORF 2, Im Zentrum, 19.2.2023; Unique Research / Einstellung der Österreicher\*innen zum Ukrainekrieg

**Sie reden von Neutralität und rüsten zu noch mehr Krieg:**

## Wie Parteien und Medien mit Kriegshetze, Trug und Täuschung gegen die Sicherheit und Neutralität Österreichs handeln



**90% der Menschen in Österreich sind für die Neutralität. Nur 21% wollen, dass die Ukraine weiter gegen Russland kämpft.**

Die Menschen nicht nur in Österreich wollen nicht in den Krieg hineingezogen werden und

befürchten völlig zurecht eine Eskalation des Krieges. Sie wollen ein Ende des Krieges! Sie wollen eine Politik – in Österreich eine Neutralitätspolitik – die auf Waffenstillstand und Frieden hinwirkt. Sie wollen keine Politiker und Diplomaten, die durch Kriegs-hetze und Parteinarbeit für eine Kriegsseite Partei ergreifen. Deshalb ist in den letzten Februartagen auf

einmal so etwas wie ein Wettlauf der Parteien ausgebrochen, welche Partei der bessere „Hüter“ der Sicherheit Österreichs sei.

Die Neos sind offen für die Abschaffung der Neutralität und für eine

EU-Armee. Die FPÖ, die Österreich als eigene Nation bis heute leugnet und ablehnt und dem Neutralitätsgesetz nie zugestimmt hat, stellt sich derzeit als „Neutralitätshüter“ dar. Die ÖVP-Grün-Regierung wiederum, die Neos- und die SPÖ-„Opposition“ stellen mithilfe der FPÖ alle, die für die Neutralität sind, ins FPÖ- oder „Russens“-Eck. Das ist ein übles Spiel mit verteilten Rollen. Damit soll so getan werden, als seien nicht 90% der Bevölkerung, sondern nur die FPÖ und ihre Wähler, also eine Minderheit, für die Neutralität. Das nützt den Herrschenden, die die Neutralität sowieso abschaffen wollen.

Das sieht man an der realen Politik der letzten 40 Jahre: Die Annäherung und die Eingliederung an bzw. in die EU/USA/NATO seit den 1980er Jahren (Vorbereitung auf und EU-Beitritt selbst, NATO-Partnerschaft,

Erlaubnis von NATO-Militärtransporten über und durch Österreich, Kooperation mit USA-Nationalgarde, Beitritt zum EU-Aufrüstungsvertrag PESCO usw.) war und ist gegen die Neutralität Österreichs gerichtet! Und alle Parteien, außer den NEOS, die es erst seit 2013 gibt und die ganz offen für die Abschaffung der Neutralität eintreten, machten dabei mit.

So setzen sich die Bundesregierungen dieser Zeitspanne wie folgt zusammen: SPÖ-FPÖ (1983-1986), SPÖ-ÖVP 1986-1999), ÖVP-FPÖ/BZÖ (2000-2006), SPÖ-ÖVP (2006-2017) ÖVP-Türkis/FPÖ (2017-2019) und ÖVP-Türkis/Grüne (seit 2020).

Auch die Bundespräsidenten dieser Periode, Waldheim und Klestil (ÖVP), Fischer (SPÖ) und Van der Bellen (Grüne) sind da keine Ausnahme und waren bzw. sind daran aktiv beteiligt.

Die ÖVP setzt auf die NATO als „Schutzmacht“. SPÖ und NEOS setzen auf die EU als „Schutzmacht“ (somit indirekt auf Deutschland, das der stärkste EU-Staat ist). Die FPÖ, die ja offen gegen EU und NATO ist, setzt direkt auf Deutschland als „Schutzmacht“.

Wie man sieht, mit der Neutralität, dem Wohl und der Sicherheit der Bevölkerung Österreichs haben alle „Volksvertreter“ nichts am Hut.

All das ist mit der Neutralität nicht vereinbar und gefährlich für die Sicherheit Österreichs. Nicht die Neutralität

gefährdet Österreichs Sicherheit, sondern die politische, wirtschaftliche und die militärische An- und Eingliederung an/in fremde Großmächte, Blöcke, Armeen, in deren Militärbündnisse und Kriegsvorbereitungen.

## Mit Neutralitätsheuchelei gegen die Neutralität und Sicherheit Österreichs

Weil die Politik zwar vom Volk gewählt, aber kaum gewählt nur mehr die Interessen von Wirtschaft, (Rüstungs-)Konzernen und Militärs vertritt und umsetzt, aber natürlich nicht offen sagt was sie wirklich vorhat, werden die Medien zur Bearbeitung der Bevölkerung eingesetzt.

Gutes Beispiel sind etwa der „Kurier“, der dem Raiffeisenkonzern gehört, und die „Krone“, die dem deutschen Kapital gehorcht. Fast wortgleich beteuern sie zuletzt auf einmal die Wichtigkeit der Neutralität Österreichs, weil die Menschen „zurzeit“ (Krone, 25.2.23) nicht in den Krieg verstrickt werden wollen: „Das ist wohl der schlechteste Zeitpunkt, eine neue Neutralitätsdebatte (= weg mit der Neutralität) in die Runde zu werfen“ (Krone). Daher solle man „Nicht gerade jetzt die Neutralität opfern“ (Kurier, 26.2.23).

nen Erfolg erzielen.  
Das Label „Neutralität“,  
das nach dem EU-Beitritt als  
der Rest übrig geblieben ist,  
soll gewiss kein Tabu sein;  
aber nur, wenn sich etwas  
Besseres bietet. Ob es die  
NATO ist, mag sein. Vieles  
ist möglich, nur: Bitte keine  
Blindflüge in der Sicher-  
heitspolitik!

Kronenzeitung, 25. 2. 2023

Das „Label Neutralität“ also bloß nur mehr ein Etikette, soll außerdem und damit ja kein Zweifel aufkommt, „gewiss kein Tabu sein ... wenn sich etwas Besseres bietet. Ob es die NATO ist ... Vieles ist möglich ...“, so die „Krone“.

Da wir ja schon in der EU-Kriegsunion sind – denkt da die „Krone“ vielleicht wieder einmal an Deutschland? Schon eine Woche zuvor sah die „Krone“ Deutschlands Kanzler Scholz durch sein Kriegsmanagement in einer neuen Rolle („vom Zauderer zum Antreiber“) und sagte in ihrem Bericht von der Münchner Sicherheitskonferenz Österreichs Außenminister Schallenberg Lob für Deutschlands Scholz nach.

Den beiden Massen-„Qualitätsmedien“ als Sprachrohr ihrer Konzern- und Kapitalherren ist die Neutralität, Verfassungsgesetz hin, Verfassungsgesetz her, herzlich egal. Selbst der „Kern“, der Rest“ der Neutralität muss gemäß dieser Auftragsschreiber bei Zeiten weg? „Ohne Tabu“. Aber nicht jetzt, wo Wahlen in Kärnten und Salzburg bevorstehen und der Krieg in der Ukraine zu eskalieren droht. Aber danach, bei besserer Gelegenheit. Das ist die Botschaft.

Wir, die arbeitenden Menschen hingegen wollen weder eine „Rest“-Neutralität à la Kronenzeitung, noch eine Neutralität auf Zeit wie der Kurier als Ziel propagiert.

Wir wollen die volle, die verfassungsgemäß verpflichtende, umfassende und immerwährende Neutralität Österreichs: politisch, wirtschaftlich, militärisch! Daran haben sich nicht nur Parlament, Regierung und Bundespräsident zu halten, sondern auch die Medien. Alles andere ist verfassungswidrig und undemokratisch!



**Unsere Neutralität = unsere Sicherheit**

[www.unsere-neutralität.at](http://www.unsere-neutralität.at)



# Eine Gesetzesnovelle des US-Kongresses öffnet die Schleusentore für Kriegsprofiteure und einen großen Bodenkrieg gegen Russland

Geht es nach den Plänen der mächtigen Führer des Wehrdienstausschuss des US-Senates, den Senatoren Jack Reed (Demokratische Partei) und Jim Inhofe (Republikanische Partei), wird der US-Kongress in Kürze eine Notstandsermächtigung in Kriegszeiten beschließen. Diese Gesetzesnovelle sieht vor, dass das amerikanische Verteidigungsministerium (Pentagon) noch viel größere Rüstungsreserven für den Kriegsfall anlegt. Die Novelle wurde Ende 2022 verabschiedet, ist also bereits zum Gesetz geworden.

Die Gesetzesnovelle, so heißt es, soll dazu dienen, die Waffen, die die USA in die Ukraine geschickt hat, zu ersetzen, doch diese Wunsch-Liste bzw. das Ausmaß der Waffen, die das Pentagon bestellen will und die Waffenindustrie produzieren wird, weist auf etwas anderes hin.

Wenn die Reed/Inhofe-Liste wirklich bedeutet, dass die USA die Waffenvorräte, die sie in die Ukraine liefert, ersetzen will, wieso übertrifft die Menge der Waffen auf der Liste die Menge der in die Ukraine gelieferten Waffen um ein Vielfaches?

## Machen wir den Vergleich:

- 1) Die USA hat der Ukraine bis jetzt 38 Himar Raketen Systeme geliefert. Die zwei Senatoren planen nun 700 dieser Systeme mit 100.000 Raketen beim Rüstungskonzern Lockheed zu bestellen. Kosten: 4 Milliarden Dollar.
- 2) Von einer weiteren Artillerie-Waffe, der M777 155 mm howitzer, von der die Ukraine bis jetzt 142 Stück erhielt, planen die Senatoren 1.000 Stück bei der Firma BAE System zu bestellen. Kosten: 3,7 Milliarden Dollar.
- 3) MGM -140 ATACS Raketen sollen 6000 Stück bestellt werden, 10-mal mehr als die USA überhaupt je verwendet hat. Kosten: 600 Millionen Dollar.
- 4) 20.000 Stinger Boden-Luft Rakete Flugabwehr-Raketen der Firma Raytheon. Die Ukraine erhielt bis jetzt 1.400 Stück. Kosten: 2,4 Milliarden Dollar.
- 5) Weiters sollen 1.000 Boeing Harpoon missiles und 800 Kongsberg Naval Strike Missiles. Kosten zusammen 3,2 Milliarden Dollar, bestellt werden.
- 6) Patriot Luftabwehrsysteme (Raketenwerfer) – eines kostet ca. 1 Milliarde Dollar, die USA werden 30 Stück bestellen. Dazu 10.000 Patriot Rakete - Kosten mit den Raketenwerfern ca. 30 Milliarden Dollar.

Das macht in Summe Kosten von ca. 43,9 Milliarden Dollar.

Mark Cancian, ein US-Militäranalyst und Ex-Marine Colonel, sagte dazu: „Das ersetzt nicht, was wir der Ukraine geben. Es heißt vielmehr Vorräte für einen großen Bodenkrieg für die Zukunft anzulegen. Das ist

*nicht die Liste, die man für China verwenden würde. Für China brauchen wir eine ganz andere Liste.“*

Die Autoren des Artikels: „Das Pentagon hat diese Vorratspläne für einen Krieg in vollem Umfang zwischen den USA und Russland. Wenn diese Pläne je umgesetzt werden und nicht einen sofortigen Nuklear-Krieg auslösen, der das Ende der Welt bedeutet, dann brauchen diese Pläne sehr große Mengen Spezial-Waffen, und das ist der Zweck der Reed-Inhofe Gesetzesnovelle von den riesigen Waffenarsenalen“.

Laut den Autoren belaufen sich die budgetierten Ermessensausgaben des US-Verteidigungsministeriums und die anderen sich aufs Militär bzw. Sicherheit beziehenden Ausgaben im Budget in den USA schon im nächsten Jahr auf 2/3 des Gesamtbudgets der USA, das sind ca. 3.000 Milliarden pro Jahr!

Quelle:

<https://www.other-news.info/congressional-amendment-opens-floodgates-for-war-profiteers-and-a-major-ground-war-on-russia/>

*Congressional Amendment Opens Floodgates for War Profiteers and a Major Ground War on Russia 14. November 2022 By Medea Benjamin and Nicolas J. S. Davies (\*) In: "OTHER NEWS", aus dem Englischen übersetzt.*

**PS: Am 15. Dezember 2022 hat der US-Senat die erwähnte Gesetzesnovelle für das Fiskaljahr 2023 mit 88 zu 11 Stimmen beschlossen.**

<https://www.armed-services.senate.gov/press-releases/reed-inhofe-praise-senate-passage-of-the-fiscal-year-2023-national-defense-authorization-act>

**Obiger Artikel besagt also, dass die USA ihrer Rüstungsindustrie nun gerade weitere Aufträge in der Höhe von 57,8 Milliarden Dollar erteilen, um Waffen-Vorräte für einen großen Boden-Luft-Krieg gegen Russland anzulegen.**

**Die NATO-Soldaten aus Europa, allen voran Deutschland, sollen nun vor allem für die Profite der US-Konzerne gegen Russland marschieren. Unsere Politiker wollen, dass wir dabei wieder an der Seite Deutschlands mitmarschieren.**

# Unsere Neutralität unsere Sicherheit

[www.unsere-neutralität.at](http://www.unsere-neutralität.at)

## **Liebe Kolleginnen und Kolleginnen!**

**Der offene Brief / Aufruf der Initiative „Unsere Neutralität – unsere Sicherheit“ die wir letztes Jahr gemeinsam mit den „Gewerkschafter\*innen gegen Atomenergie und Krieg“ und der „Plattform pro Demokratie“ ins Leben gerufen haben ist heute aktueller und notwendiger denn je**

Wie schon berichtet, fanden etliche Aktivitäten statt: Vorstellung der Initiative des offenen Briefes bei einer Pressekonferenz am 14. September 2022 in Wien. Zwei Folgetreffen von Unterzeichner\*innen im Oktober und November 2022, Auftreten am Nationalfeiertag, dem 26. Oktober, und seither bei mehreren öffentlichen Veranstaltungen und Demonstrationen auf der Straße und bei diversen Diskussionsveranstaltungen

Weiters wurde bei Veranstaltungen der offene Brief von verschiedenen Aktivist\*innen verteilt, so bei der GPA, bei Betriebsrät\*innen-Konferenzen in Wien und beim Bund, im Kreisky-Forum, im Renner-Institut, in der AK-Bibliothek, im BSA, auf der Uni Wien und der WU oder bei einer Friedenstagung in Graz oder Anfang des Jahres bei einer Diskussion im Presseklub Concordia wo es um die Rolle der Medien in der Berichterstattung um den Ukrainekrieg ging. Wir verteilten bei der Demonstration gegen Sozialabbau, bei der Klima-

Demonstration, beim Schmetterling-Revival, beim Konstantin Wecker-Konzert. Ebenso werden wir beim kommenden Klimastreik am 3. März 2023 aktiv sein.

Sowohl bei unseren öffentlichen Auftritten mit dem offenen Brief, mit Flugblättern bzw. mit Stand, überall zeigte sich ein ähnliches Bild: Die große Mehrheit ist für die Beibehaltung der Neutralität und gegen die Kriegshetze. Die Regierung hingegen betreibt Kriegshetze, macht bei Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen mit und will uns vormachen, das sei alles mit der Neutralität vereinbar. Darüber schreiben wir auch in dieser Ausgabe der ÖSK-Zeitung.

**Der offene Brief / Aufruf, die Liste der Unterzeichner\*innen und weitere Infos finden sich unter:**

[www.unsere-neutralität.at](http://www.unsere-neutralität.at)

**Bitte selbst den Aufruf unterstützen und weiterverbreiten.**

**Auf Wunsch schicken wir auch Unterschriftenlisten zu bzw. kann eine solche auf der Homepage der Initiative heruntergeladen werden.**

# Unsere Neutralität unsere Sicherheit

[www.unsere-neutralität.at](http://www.unsere-neutralität.at)

---

**Spendenkonto** bei der BAWAG P.S.K. : **IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650** BIC: BAWAATWW Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: unter Empfänger\*in: Gewerkschafter gegen Atomenergie. Verwendungszweck: **Spende für Neutralität**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien; „Sponsoringpost“ GZ02Z030950 S – ZVR 100322133 /